

Parteiprogramm

Oktober 2018



YOUNG



EUROPEAN



SPIRIT

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	2
<i>Vorwort</i>	3
<i>Europa: Demokratisch. Selbstbewusst. Stark.</i>	5
<i>Dafür steht !YES</i>	5
<i>Politikfelder: Ideen für das Europa von morgen</i>	8
<i>Europäische Demokratie</i>	8
<i>Struktur der Europäischen Union</i>	9
<i>Europäisches Wirtschafts- und Finanzsystem</i>	12
<i>Bildungspolitik</i>	13
<i>Energiepolitik</i>	15
<i>Digitalisierungsstrategie und -politik</i>	17
<i>Migrationspolitik</i>	19
<i>Entwicklungspolitik</i>	21
<i>Epilog</i>	24
<i>Impressum</i>	25

Vorwort

Young European Spirit (!YES) ist eine Partei, die mit konsequent europäischer Politik die Freiheit und den Wohlstand der Europäischen Union und ihrer Bürgerinnen und Bürger sichern will. !YES strebt dazu ein demokratisches, selbstbewusstes und starkes Europa an, das die europäische Bevölkerung auch in Zukunft sowohl effektiv schützen, stützen und fördern, auch aber seine Rolle in der Welt adäquat wahrnehmen kann.

Die Europäische Union ist das bedeutendste politische Projekt in der Geschichte des europäischen Kontinents. Sie wahrt den Frieden von 512 Millionen Europäern, schützt ihre Freiheit und sichert ihren Wohlstand. Diese Rolle übernimmt die Europäische Union nicht nur als bloßer Staatenbund, sondern als eigenständig legitimes politisches System. In dieser Rolle sollte die Europäische Union das Ziel verfolgen, langfristig Sicherheit und Wohlfahrt für ihre Bürger zu garantieren und gleichzeitig in einer globalen, multilateralen Ordnung Verantwortung zu übernehmen. Angesichts einer globalen Ordnung im Wandel sowie zunehmender Herausforderungen transnationalen Charakters, muss die EU weiterentwickelt werden. Nur durch eine entschiedene Weiterentwicklung ist die Europäische Union auch zukünftig in der Lage, ihre innere wie äußere Verantwortung adäquat wahrzunehmen.

Die EU muss dabei den Entwicklungen in der globalen Ordnung sowie neuen politischen Herausforderungen wie dem Wiedererstarken nationalistischer Kräfte, der Migration, der Digitalisierung oder der zukunftssicheren Energieversorgung handlungsfähiger entgegentreten. Gemein haben die bestimmenden Trends des aktuellen Jahrzehnts vor allem ihre Grenzenlosigkeit, weshalb sie als internationale Herausforderungen begriffen werden müssen, die nicht nationalpolitisch zu bewältigen sind. Mit einer zunehmenden Anzahl an Herausforderungen, denen nationale Politik nicht vollumfänglich begegnen kann, muss die Rolle der Europäischen Union in den nächsten Jahren gestärkt werden.

Es ist die Verantwortung der europäischen Bevölkerung, ihre EU politisch zukunftsfähig zu machen: Nur mit einem gemeinsamen Werteverständnis ihrer Mitglieder und einer breiteren demokratischen Legitimation kann die Europäische Union Antworten auf internationale Herausforderungen finden.

Aufbauend auf einem gemeinsamen Wertefundament, einer neuen europapolitischen Debatte sowie einer neuen europäischen Parteienlandschaft, muss die Europäische Union verstärkt eigene politische Akzente setzen – und mit entsprechenden legislativen Kompetenzen ausgestattet werden.

Die Partei *Young European Spirit* positioniert sich infolgedessen als Stimme für eine Erneuerung und Stärkung der Europäischen Union und als Teil einer neuen europäischen Demokratie. Für ein demokratisches, selbstbewusstes und starkes Europa.

Europa: Demokratisch. Selbstbewusst. Stark.

Dafür steht !YES.

!YES strebt an, die Europäische Union von innen heraus zu stärken. Auf einer gemeinsamen Wertebasis soll die EU in Zukunft besser die Freiheit und den Wohlstand ihrer Bürgerinnen und Bürger garantieren können. Programmatisch verschreibt sich !YES gänzlich dem Ziel, die EU weiterzuentwickeln: demokratisch, selbstbewusst und stark.

Europäische Demokratie

Die Europäische Union als transnationale Demokratie wird dominiert von nationalen Parteien und Regierungen. Nationale Interessen blockieren den transnationalen Fortschritt der EU. Um der Union die notwendige demokratische Legitimität zu geben und um Entscheidungen aus nationalen Interessen zu emanzipieren, bedarf es einer echten europäischen Demokratie mit gelebten europäischen Parteien, die länderübergreifend und im Interesse der (europäischen) Bevölkerung für europäische Visionen eintreten. Diese Form transnationaler Demokratie scheitert heute bereits an den hohen Hürden für europäische politische Parteien.

!YES verfolgt als prioritäres Ziel, eine transnationale europäische Demokratie zu ermöglichen: durch basisnahe europäische Parteien und transnationalen Wahlmöglichkeiten. Konkret möchte sich !YES auf diese Weise für länderübergreifende Überzeugungen einsetzen, nicht für nationale Interessen.

Sobald die Umwandlung in eine echte europäische Partei möglich ist, wird sich !YES als solche europaweit für den europäischen Fortschritt zur Wahl stellen.

Wertebasis und Struktur der Europäischen Union

Um die Europäische Union politisch weiter zu integrieren, bedarf es eines gemeinsamen Fundamentes, das in der politischen Zusammenarbeit einen hohen Stellenwert genießen muss. Hier gilt es insbesondere, hohe Standards für die volkswirtschaftliche Stabilität der Mitgliedsländer, aber auch für gemeinsame politische Werte festzusetzen. Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte sind ebenso unanfechtbare Bedingungen der politischen Zusammenarbeit

wie Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern.

Nur Staaten, die sich hinter den Werten der Europäischen Union versammeln, können auf Dauer Teil einer politisch vertieften europäischen Zusammenarbeit sein.

Vor diesem Hintergrund ist ein offener europäischer Kern das strukturelle Zielbild von !YES. Eine Europäische Union also, die mit jenen Staaten politische Integration vorantreibt, die sich zu Stabilität, Wertebasis und zum weiterem Integrationswillen bekennen. Ein offener europäischer Kern, dessen Tür für nachfolgende Staaten stets offen sein muss. Nichtsdestotrotz soll die Europäische Union der 28 mittelfristig als Rahmen um einen offenen europäischen Kern bestehen bleiben und weiterentwickelt werden.

Europäische Politik von heute und morgen

Gezielt setzt sich !YES dafür ein, die politische Integration eines offenen europäischen Kerns schrittweise voranzutreiben. Die EU soll somit in den Politikbereichen gestärkt werden, in denen nationale Gesetzgebung auf transeuropäische Herausforderungen trifft. An eben diesen Stellen, an denen Herausforderungen nicht national einzugrenzen sind, muss die Europäische Union gemeinsam aktiv werden. Konkret sieht !YES verstärkten europäischen Handlungsbedarf in den Bereichen:

-  **Bildungspolitik**
-  **Energiepolitik**
-  **Digitalisierungspolitik**
-  **Migrations- & Entwicklungspolitik**

Diese Politikfelder sollten in einem offenen europäischen Kern harmonisiert werden.

!YES verschreibt sich explizit den politischen Themen, die bereits in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallen oder die !YES perspektivisch in der Zuständigkeit der EU verortet. Herausforderungen hingegen, denen zielführend auf der nationalen politischen Ebene begegnet werden kann, sollen auch weiterhin durch nationale Politik diskutiert und bearbeitet werden.

Politikfelder: Ideen für das Europa von morgen.

Europäische Demokratie

!YES versteht sich als Europäische Partei und setzt sich dafür ein, diesem Selbstverständnis auch wahlpolitisch folgen zu dürfen. Prioritäres Ziel von !YES ist es, europäische Parteien rechtlich zu vereinfachen und näher an die Wählerinnen und Wähler zu bringen. Hierbei sollen paneuropäische Parteien gestärkt werden, nicht europäische Partei-Familien.

Eine europaweite Angleichung der Wahlgesetze zur Europawahl gehört für !YES zwangsläufig zur Umsetzung einer echten europäischen Demokratie. Die Standards, nach denen Demokratie in Europa gelebt wird, dürfen nicht von Land zu Land divergieren. Nur so kann eine gleichberechtigte Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger im Europäischen Parlament gewährleistet werden.

!YES setzt sich explizit nicht für deutsche, sondern für europäische Interessen ein. In einer Zukunft, in der die Stimme der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in der Weltordnung an Gewicht verlieren wird, ist es umso wichtiger, dass die EU mit einer starken Stimme spricht – nicht mit vielen schwachen. . Perspektivisch soll das Europäische Parlament also nicht mehr von einem Wettbewerb nationaler Staatsinteressen dominiert werden, sondern vom Diskurs über gesamteuropäische Visionen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit der jeweiligen Abgeordneten. Schlussendlich kann nur auf diesem Wege Frieden und Wohlstand für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union garantiert werden. Die EU muss transnationalen Herausforderungen geschlossen begegnen und darf sich nicht in Kleinstaaterei verlieren. !YES stellt Europäische Interessen entsprechend konsequent vor nationale Interessen, um die Europäische Union handlungsfähig weiterzuentwickeln und Frieden und Wohlstand der Mitgliedsstaaten zu sichern.

Struktur der Europäischen Union

Um die Europäische Union demokratischer, selbstbewusster und stärker agieren lassen zu können, muss sich die heutige Union institutionell weiterentwickeln. An zahlreichen Stellen in der Europäischen Union zeichnen sich politische wie gesellschaftliche Fliehkräfte ab. Teile der europäischen Gesellschaft suchen angesichts zunehmender politischer Komplexität und umfassender Herausforderungen Halt bei nationalistischen Kräften. In Folge erstarken politische Stimmen, die das gemeinsame Verständnis fortschreitender europäischer Integration in Frage stellen, um zum kurzfristigen nationalen Eigenwohl agieren zu können. Die Folge: Den 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union fehlt es an einer konsensfähigen Vision für die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Die gemeinsamen Werte, die das tragende Fundament der Union darstellen sollen, erodieren zusehends und erschweren den Diskurs. Eine handlungsfähige Europäische Union muss die Fliehkräfte überwinden und eine Ausgangslage schaffen, sich selbstbewusst und stark weiterzuentwickeln, um entsprechend auf neue Herausforderungen reagieren zu können.

!YES möchte die Europäische Union weiterentwickeln, anstatt sie zurückzubauen:

Auf Basis eines gestärkten Wertefundamentes muss ein Europa gleicher Zukunftsvorstellungen und Wertauffassungen stärker kooperieren und die Europäische Union von innen heraus aushärten. Dieser Kern interessierter und harmonisierender Staaten muss eine Vorreiterrolle bei der weiteren politischen Integration spielen – als offener europäischer Kern.

Das Zielbild: Eine Europäische Union mit gleichen politischen Grundwerten, einer breiten demokratischen Legitimation und weitreichender Souveränität in ausgewählten Politikfeldern – wenn nötig auch mit weniger Mitgliedsstaaten, die sich politisch konsequent und nachweisbar den Werten der Europäischen Union¹ verpflichten und volkswirtschaftlich in ausreichendem Maße konvergieren. Somit kann ein Fundament geschaffen werden, auf dem eine stärkere gemeinsame Politik aufbaut. Um die fortwährende Kohärenz des offenen europäischen Kerns zu gewährleisten, bedarf es messbarer Indikatoren zur Erfüllung europäischer Wertevorstellungen, ebenso wie zur Überprüfung der volkswirtschaftlichen Konvergenz

¹ Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte von Minderheiten, Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern.

Es gilt, einen europäischen Kern auszuhärten - ohne Beitrittsmöglichkeiten zu schließen. Wesentliches Merkmal des offenen europäischen Kerns ist die Möglichkeit für EU-Mitgliedsstaaten, sich dem Kern und der dort eingeführten politischen Integration anzuschließen. Sofern Konvergenz in Wertebasis und Volkswirtschaft in ausreichendem Maße gegeben ist, kann ein neues Land vorbehaltlich mehrheitlicher Zustimmung in den offenen europäischen Kern aufgenommen werden – auch unter schrittweiser Integration der bis dahin zentralisierten Politikfelder.

Der offene europäische Kern muss Anreizsystem für Staaten schaffen. Dem Wertefundament eines offenen europäischen Kerns soll Nachdruck verliehen werden, indem politisches Handeln von Mitgliedsstaaten entgegen dem Wertekonsens zu Sanktionen führt. Diese können in einer ersten Stufe finanzielle Leistungen an einen Mitgliedsstaat kürzen oder aussetzen, können jedoch ebenso bis zu einem Ausschluss des Landes aus dem offenen europäischen Kern führen.

Ausgewählte Politikfelder werden harmonisiert. In einem offenen europäischen Kern werden Politikfelder weiter integriert, als es in einer konsensorientierten Europäischen Union der 28 möglich ist. Also auch über aktuelle Befugnisse der Europäischen Union hinaus, die als Rahmen bestehen bleiben soll. Operativ kann die Struktur des offenen europäischen Kerns kurzfristig zunächst über innereuropäische, multilaterale Kooperationen ermöglicht werden.

Parlament und Rat der Europäischen Union als Zwei-Kammer-System stärken. In einem offenen europäischen Kern soll die Zusammenarbeit im Wesentlichen durch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bestimmt werden. Stimmberechtigt in Fragen des offenen europäischen Kerns sollen die Parlamentarier sein, die in den teilnehmenden Staaten gewählt wurden. Der Rat der Europäischen Union soll als zweite Kammer des parlamentarischen Systems dienen, die den jeweiligen nationalen Regierungen als Mitwirkungsorgan zur Verfügung steht. Im Sinne des paneuropäischen Fortschritts sollen die Entscheidungsverfahren in beiden Kammern mehrheitsbasiert gestaltet werden.

Exekutivorgan für Zuständigkeiten des offenen europäischen Kerns schaffen. Aus den Reihen der Parlamentarier, die den Staaten des offenen europäischen Kerns angehören, soll das Parlament ein ausführendes Organ aus einem Vorsitzenden und einem Ressort-Ministern wählen. Während jeder Ressort-Minister einem Politikfeld vorstehen soll, das im offenen

europäischen Kern vereinheitlicht wurde, wird das Kabinett von einem Premierminister geleitet. Die Zuständigkeit des Exekutivorgans soll sich auf den offenen europäischen Kern beschränken, solange die Europäische Union der 28 als Rahmen fortbesteht.

Europäisches Wirtschafts- und Finanzsystem

Die Europäische Union garantiert für persönliche und wirtschaftliche Freizügigkeit innerhalb ihrer Grenzen: Eine wichtige Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt. Selbstbewusstsein und Stärke der Europäischen Union resultieren im Wesentlichen aus ihrer Produktions- und Absatzstärke. Dennoch muss Integration weiter gefasst werden als Maßnahmen in diesem Politikbereich zu konzentrieren, um die Europäische Union zukunftsfähig zu gestalten. Bevor finanzpolitisch tiefer integriert wird, sollte zunächst anderweitig politische Integration vorangetrieben werden.

!YES strebt eine volkswirtschaftliche Stabilisierung des offenen europäischen Kerns an – als Grundlage weiterer politischer Integration. So soll die volkswirtschaftliche Verfassung von EU-Mitgliedsstaaten entscheidenden Einfluss darauf haben, ob eine tiefere politische Kooperation möglich ist. Es sollen nur stabile Staaten mit vergleichbaren Partnern tieferegehende Integrationsbestrebungen verfolgen. Um auch in diesem Kontext die Offenheit des Ansatzes zu leben, muss der offene europäische Kern wirtschaftliche Aufholbestrebungen potenzieller Mitgliedsstaaten des offenen Kerns unterstützen – und ihnen eine wirtschaftliche Angleichung an das Niveau des offenen europäischen Kerns ermöglichen. Stabilisierung und Angleichung potenzieller Kooperationspartner sind somit der konkreten Aufnahme in den europäischen Kern vorzuziehen.

!YES befürwortet die Ausweitung europäischer Kompetenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik dort, wo sich infolgedessen positive Auswirkungen auf die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union ergeben. Perspektivisch sollen auf diesem Wege die Wirtschaftspolitik und die Finanzmärkte stärker harmonisiert werden – sobald das Risikoprofil der Harmonisierung die Stabilität nicht negativ beeinflusst.

!YES verfolgt einen offenen europäischen Kern, um neben wirtschaftlicher Integration zunächst weitere Politikfelder zu harmonisieren. Die politische Integration ist ein Prozess, der nicht im Spannungsfeld zwischen tiefer wirtschaftlicher Interdependenz und mangelnder zentraler Handlungsfähigkeit schweben sollte.

Bildungspolitik

Für die Entwicklung der heranwachsenden europäischen Generation spielen Bildung und Ausbildung eine entscheidende Rolle. Sie sind die zentralen Einflussfaktoren einer qualifizierten und engagierten Bevölkerung, die die Grundlage für das Wachstum und den Zusammenhalt unserer europäischen Gemeinschaft bildet. Um eine nachhaltige Zusammenarbeit in der Europäischen Union zu verankern, müssen aufbauend auf unserem gemeinsamen Wertefundament weitergehende Maßnahmen ergriffen werden, die zur Entstehung einer aktiven und mündigen Bürgerschaft in der Europäischen Union beitragen.

Bildung im Rahmen bestehender Kompetenzen aktiv gestalten

Kurzfristig sollte die Europäische Union ihre Bemühungen auf den Feldern der europäischen Bildungspolitik intensivieren, die sie schon heute aktiv gestalten kann:

Ergänzung des europäischen Hochschulraums durch Europäische Universitäten. In einer Zukunft, in der wir mit zunehmend internationalen und weniger nationalen Problemen konfrontiert werden, können Europäische Universitäten der Ort sein, an dem Europa den Herausforderungen seiner Zukunft Lösungen entgegensetzt. Dort soll das Fundament für eine nachhaltige europäische Zusammenarbeit gelegt werden, indem unmittelbar EU-finanzierte Hochschulen mit vergleichbaren Strukturen verstreut über das EU-Gebiet geründet werden.

Abbau von Hürden im Hochschulraum durch europäische Hochschul-Datenbank. Zum Abbau der Hürden eines Auslandssemesters stellt eine Hochschuldatenbank mit einheitlich aufbereiteten Informationen zu den Semesterdaten, dem Studienverlauf, dem Studiengang- und Fächerangebot sowie Curricula einer Universität eine ebenso simple wie effektive Lösung dar.

Strukturelle Angleichung über Bologna hinaus. Die Einführung eines europäischen Hochschulgesetzes kann nach der Bologna-Reform dazu beitragen, vergleichbare Bedingungen und damit vergleichbarere Abschlüsse zu schaffen. Durch eine Angleichung der Semesterzeiten können Studiengänge außerdem weiter harmonisiert werden und sich so die Lernmobilität der Studierenden entscheidend verbessern.

Einführung eines europäischen Schulraums durch die Förderung von Europaschulen.

Europäisch vernetztes Lernen soll nicht allein Akademikern vorbehalten sein, sondern eine Möglichkeit für jeden Europäer bieten, sich europaweit mobil weiterzubilden. Neben dem breiten Förderangebot an Universitäten muss die EU vor allem Schüler stärker unterstützen. Dazu ist der Auf- und Ausbau von Europaschulen zu forcieren und europäische Kriterien zur Anerkennung einer Europaschule zu bestimmen. Europaschulen sollen Schüler durch stärkeren Fokus auf gesamteuropäische Themen, länderübergreifend harmonisierte Lehrpläne und mehrsprachigen Unterricht besser auf das Leben und Arbeiten in der Europäischen Union vorbereiten als herkömmliche Schulen.

Strukturelle Angleichung der Schulsysteme fördern. Um Bildung europaweit besser und effizienter gestalten zu können, soll ein Best-Practice-Modell die Stärken der verschiedenen Bildungssysteme der Mitgliedstaaten zusammenführen, indem man sich an den Staaten orientiert, die in den vergangenen Jahren konstant die besten Leistungen im Bereich der Bildungsmessung erreicht haben. Dafür ist die Formulierung und Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur Angleichung der Strukturen ihrer Bildungssysteme nötig.

Gemeinsame Standards schaffen

Langfristig sollte ein offener europäischer Kern die gemeinsame Bildungspolitik weiter integrieren und auf transnationaler Ebene Standards etablieren.




Die EU und ihre Werte verbindlich im Lehrplan behandeln. Um jedem Schüler die Chance zu geben, ein selbstständiges, mündiges und aktives Mitglied unserer europäischen Gemeinschaft zu werden, müssen Themen wie Staatsformen, Wahlen, europäische Institutionen sowie Rechte und Pflichten eines Bürgers der EU fest im Lehrplan verankert werden. Denn nur jemand, der mit seinen Rechten und Pflichten als Bürger vertraut ist, kann diese auch wahrnehmen.

Interventionsmöglichkeit gegen Indoktrinierung. Sollten in einem der Mitgliedstaaten Lehrinhalte vermittelt werden, die nicht im Einklang mit den gemeinsamen Werten stehen, muss das Europäische Parlament die Möglichkeit haben, zu intervenieren.

Energiepolitik

Auf der Weltklimakonferenz in Paris haben sich im Jahr 2015 195 Länder auf gemeinsame Ziele zum Schutz unseres Klimas geeinigt. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es auch in Europa einer Energiewende, die von allen Mitgliedstaaten gemeinsam forciert wird. Die mit der Energiewende einhergehende Entwicklung zu mehr volatilen Energiequellen verlangt unserem Energienetz immer mehr Flexibilität ab. Diese Flexibilität, und mit ihr die Versorgungssicherheit, kann nur durch eine stärkere transnationale Vernetzung der Energiesysteme realisiert werden. Eine gemeinsame europäische Energiewende bietet außerdem großes Wachstums- und Innovationspotenzial, dessen Ausschöpfung der EU die globale Vorreiterstellung im Bereich der erneuerbaren Energien zukünftig sichern soll. Mit den Plänen zur Energieunion ist die EU bereits auf einem guten Weg in eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Damit die Energiewende allerdings umfassend gelingt, müssen zusätzliche Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden.

Energiewende durch Kulturwandel. Mit einem neuen Umweltbewusstsein, das sich bereits heute in der breiten Bevölkerung feststellen lässt, hat ein Kulturwandel begonnen. Debatten um Nachhaltigkeit und Klimaschutz rücken somit immer mehr in den öffentlichen Fokus. Eine gezielte Förderung dieses keimenden Kulturwandels kann dazu führen, dass die Industrie der nächsten Generation sowohl aus intrinsischer als auch aus extrinsischer Motivation nachhaltiger wirtschaften wird. Die intrinsische Motivation gründet in einem neuen Werteverständnis der kommenden Generation, die nachhaltige Gestaltung des eigenen Lebenswerkes zu priorisieren. Die extrinsische Motivation besteht darin, dass Aspekte wie Umweltfreundlichkeit zunehmend auch die Marktteilnehmer beeinflussen und somit einen Wettbewerbsvorteil darstellen. Praktische Maßnahmen zur Förderung des Kulturwandels in der Bevölkerung sollen sein:

-  Europaweite Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs
-  Verankerung der Energiewende im Lehrplan
-  Kopplung von Industriesubventionen an Nachhaltigkeitsindizes

Die EU braucht eine europäische Atomaufsichtsbehörde. Durch den Plan zur Energieunion ist keine Abkehr von der Nuklearenergie in der Europäischen Union geplant oder auch nur angedacht. Dabei wären gerade hier eine EU-weite Regelungen von enormer Bedeutung, da Auswirkungen von Unfällen bei Kernkraftwerken ganze europäische Regionen betreffen – unabhängig ihrer nationalen Zugehörigkeit. Zur Schaffung und Einhaltung europäischer Standards in der Kraftwerkssicherheit ist die Einführung einer europäischen Atomaufsichtsbehörde ein entscheidender Schritt.

Gemeinsamer Rechtsrahmen für die Förderung erneuerbarer Energien. Ein gemeinsamer Markt braucht gemeinsame Rechtsgrundlagen. Deshalb ist auch die Harmonisierung der Förderung der erneuerbaren Energien auf EU-Ebene notwendig. Dabei soll sich die Förderung am Emission Trading System als zentrales Klimaschutzinstrument ausrichten und ihn nicht durch nationale Einzelmaßnahmen konterkarieren.

Stärkung der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER). Die grenzüberschreitenden Netze sind aktuell nur mangelhaft ausgebaut. Das Ziel, bis 2030 Kuppelkapazitäten zwischen Mitgliedsländern von mindestens 15 Prozent der installierten Leistung zu schaffen, wird ohne zusätzliche Anstrengungen verfehlt werden. Vor diesem Hintergrund wird es immer wichtiger, stärkere grenzübergreifende Kooperationen umzusetzen. Als Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden fällt der ACER hierbei eine entscheidende Rolle zu. Sie muss als Kooperationsplattform gestärkt werden, um aus 28 verschiedenen Energiemärkten einen einzigen zu machen.

Digitalisierungsstrategie und -politik

Die zunehmende Digitalisierung der europäischen Gesellschaft bringt enorme Chancen für die Lebensqualität und das Wirtschaftsleben der Union mit sich. Entscheidend für die bestmögliche Vorbereitung der EU auf die Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte ist eine frühzeitige Verzahnung der Digitalisierungsstrategien der einzelnen Nationalstaaten: Um als Europäische Union auf Höhe der weltweiten Vorreiter zu bleiben, bedarf es einer drastischen Konzentration und Stärkung der Digitalisierungs-Koordination auf europäischer Ebene.

Die Rolle des digitalen Binnenmarktes ist essentiell für die digitale Aufstellung der EU. Um allerdings nicht nur den freien Verkehr von digitalen Waren und Dienstleistungen sicherzustellen, sondern Digitalisierung ganzheitlich zu koordinieren, muss die EU sich auch strukturell entsprechend neu aufstellen:

Digital-Ministerrat. In einem ersten Schritt bedarf es, entsprechend anderen Politikfeldern, eines Digital-Ministerrates als Plattform zur intergouvernementalen Abstimmung und als gesetzesschöpfende Kammer auf diesem Gebiet.

Ausschließliche Kompetenz. Mittelfristig sollte die ausschließliche Zuständigkeit der EU in Fragen digitaler Ordnungspolitik nachgezogen werden. Auf diesem Wege können von Anfang an europaweite Standards eingeführt werden, die Unternehmen Planungssicherheit und ein einheitliches Marktgebiet garantieren.

Verstärkte Legislative auf der Digital-Agenda. Die Legislative kann mit gegebener Kompetenz einen europaweit einheitlichen Rechtsrahmen für Internet, Daten, künstliche Intelligenz und verwandte Bereiche schaffen. Eine supranationale Gesetzgebung kann weiterhin sicherstellen, dass die Nutzungsfreiheit des Internets gegen Zensur von Nationalstaaten abgeschirmt wird. In der Folge muss es europaweite, digitale "Mindeststandards" geben.

Digital-Agentur als regulärer Bestandteil der Exekutive im offenen europäischen Kern. Die administrative Verantwortung der Digitalisierungs-Kompetenz sollte eine entsprechende Digital-Agentur übernehmen, in der die Digitalisierungsaktivitäten der EU zentral koordiniert werden. Mit einem eigenen Förderbudget kann sie Anreize für IT-Unternehmen setzen, in der EU zu investieren. Eine Grundsicherung durch das Ansiedeln erfolgskritischer Sektoren (z.B.

Batterien, Netzsicherheit) fällt ebenfalls in ihr Aufgabengebiet. Sie ist dem Parlament als Ministerium / Ressort unterstellt.

Digital-Forschung fördern. Um Kompetenz in der EU zu halten und technologisch nicht weiter abzufallen, muss der Forschungsetat der EU ausgeweitet werden. Durch eine transnationale Fördermittelallokation und das konsequente Ausschreiben von Projekten der Digitalforschung können akademische Kompetenzcenter geschaffen werden, die Digital-Akademikern auch innerhalb der EU eine Perspektive aufzeigen.

Künstliche Intelligenz aktiv und gemeinsam gestalten. Seitens der Europäischen Union sollte das Feld der künstlichen Intelligenz mit besonderem Interesse vorangetrieben werden. Um rechtzeitig einen politischen Rahmen für die wirtschaftlichen Entwicklungen herzustellen, und um die EU zu einem attraktiven Standort zur Weiterentwicklung künstlicher Intelligenz zu machen, bedarf es einer europaweiten Förderstrategie für Wirtschaft und Forschung. Gleichzeitig zu innenpolitischen Initiativen muss die Europäische Union auch international Stellung beziehen und sich um einen völkerrechtlichen Rahmen zum Einsatz künstlicher Intelligenz .

Digitale Sicherheit gemeinsam gewährleisten. Um die digitale Integrität der Europäischen Union zu wahren und um kritische Infrastruktur zu schützen, sollte im Rahmen des Europa-Kerns eine gemeinsame Abwehr- und Eingreiftruppe für Cyber-Attacken staatlicher wie terroristischer Natur aufgebaut werden.

Migrationspolitik

Die Migrationskrise hat gezeigt, dass bestehende Regelungen der EU nicht ausreichen, um angemessen auf außerordentliche Migration zu reagieren. So zeigten sich einige Mitgliedstaaten gegenüber einer zentralen europäischen Regelung im Bereich der Migration verschlossen. Die Folge: einige Mitgliedsstaaten der EU hatten erhebliche Migrationslasten zu tragen, während andere Mitgliedsstaaten ihre Grenzen schlossen. Diese Haltung darf in einer Solidargemeinschaft mit gemeinsamen Grundwerten keinen Platz haben.

Angesichts dieser Beobachtungen muss es essentieller Teil eines offenen europäischen Kerns sein, einen Rahmen zu schaffen, der Migration EU-weit regelt. Hierzu müssen die Bedingungen zum Umgang mit Asylbewerbern innerhalb der EU angepasst und eine gemeinsame Linie in der Asyl- und Migrationspolitik geschaffen werden. Die EU braucht eine rechtliche Angleichung der Voraussetzungen und Verfahren für Migration, um das gemeinsame Wertefundament nach innen und außen selbstbewusst und stark verteidigen zu können.

Die EU braucht gemeinsame Standards und homogenisierte Verfahren. Für Asylbewerber darf es keinen Unterschied machen, wo im offenen europäischen Kern ein Asylantrag gestellt wird. Daher müssen die Standards und Voraussetzungen für die Beantragung von Asyl sowie die Asylverfahren angeglichen und effizienter gestaltet werden. Die Bewältigung von Migration in der Union ist nur möglich, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen innerhalb der Union konvergieren.

Migration kontrollieren und steuern. Zuwanderung muss kontrolliert ablaufen und gesteuert werden. Hierzu ist es unter anderem nötig, eine EU-Behörde einzuführen, die Migrationsbewegungen kontrolliert und das Budget für Migration verwaltet. Diese soll ebenso für die Überwachung des Schutzes der EU-Außengrenzen zuständig sein und hierbei die Operationen der EU betreuen. Zusätzlich muss eine zentrale Datenbank mit allen gestellten Anträgen erstellt werden. Diese Maßnahme bietet eine Möglichkeit zur Erfassung genauer Antragszahlen sowie zur Verhinderung der mehrfachen Asyl-Antragstellung derselben Person in der Union.

Gerechte Verteilung der Migrationslast. Die Folgen eines globalen Problems dürfen nicht zu Lasten einzelner Mitgliedstaaten gehen. Eine Wertegemeinschaft wie die EU ist

vollumfänglich und endet daher auch nicht beim Thema Migration. Daher muss es eine Selbstverständlichkeit sein, ankommende Asylbewerber gerecht auf alle Mitgliedsstaaten zu verteilen. Die Schaffung eines Verteilungsschlüssels ist unerlässlich für die gemeinsame Bewältigung der Migration und kann ein Motor für die Integration von Migranten in die europäische Gemeinschaft sein.

Lösung in den Herkunftsländern. Zahlreiche Maßnahmen, die die EU bisher getroffen hat, zielen auf die Bewältigung von Migrationsströmen ab. Es muss sich allerdings mehr damit beschäftigt werden, wie Migration eingedämmt werden kann: Um Migration aus wirtschaftlicher und politischer Not heraus zu verhindern, müssen sich die Gegebenheiten in den Herkunftsländern verbessern. Daher besteht die eigentliche Lösung außerordentlicher Migration in einer konsequenten und umfassenden Entwicklungspolitik. Die EU muss sich für eine starke Partnerschaft mit den Herkunftsländern einsetzen und Entwicklung als Instrument zur Lösung der Migration ansehen.

Entwicklungspolitik

Eine zielführende Entwicklungszusammenarbeit ist der Schlüssel für das zukünftige Verhältnis von Europa und Afrika, ebenso aber zu anderen Schwellenregionen der Welt. Dabei sind Migrations- und Entwicklungsmaßnahmen stets gemeinsam zu betrachten und darauf auszurichten, strukturell schwächere Nationen perspektivisch in die Lage zu bringen, aus eigener Kraft nationale Weiterentwicklung zu betreiben. Nur indem Entwicklungszusammenarbeit zentral durch die EU gesteuert wird und sich konsequent an einer partnerschaftlichen Arbeitsweise orientiert, kann Entwicklung sinnvoll gefördert werden.

Um die Entwicklungspolitik der EU zukünftig effektiver gestalten zu können, bedarf es eines strategischen wie operativen Umdenkens. Strategisch muss eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Entwicklungspartnern stärker in den Fokus rücken. Operativ ist nicht nur eine zentrale Koordination durch die EU erforderlich, sondern auch neue Ansätze zur Zusammenarbeit mit Entwicklungspartnern.

Drei Säulen strategischer Entwicklungszusammenarbeit

Gleichberechtigung der Entwicklungspartner zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Bei allen Angelegenheiten der Entwicklungszusammenarbeit haben beide Partner die gleichen Rechte. Entwicklungspartner kooperieren entsprechend auf Augenhöhe und unterhalten einen offenen kulturellen wie wirtschaftlichen Dialog. Gegenseitiges Verständnis ist in diesem Rahmen essentiell für eine erfolgreiche Entwicklungspartnerschaft.

Akzeptieren von kulturellen und systemischen Unterschieden. Kulturelle und systemische Unterschiede der kooperierenden Entwicklungspartner werden respektiert. Sofern notwendig, werden Lösungsansätze zur weiteren Kooperation gemeinsam erarbeitet.

Entwicklung als emanzipiertes politisches Ziel. Es muss ein unbedingter Wille vorhanden sein, unabhängig von kurzfristigen Störungen, an einer langfristigen Partnerschaft festzuhalten. Entsprechend ist Entwicklungspartnerschaft von kurzfristigen politischen Schwankungen weitestgehend zu entkoppeln.

Notwendige Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit:

Die EU gründet eine Entwicklungsagentur. Diese verwaltet den Entwicklungs-Etat und steuert das Projektportfolio zentral. Sie verantwortet die Entwicklungspolitik strategisch wie personell und ist dem Parlament unterstellt. Auf diesem Wege kann sich die Entwicklungspolitik von anderen Politikfeldern (Außen-, Sicherheit-, Handelspolitik) emanzipieren. Durch eine isolierte Betrachtung einer neutralen EU entstehen keine bilateralen Verpflichtungen. Durch gemeinsame Koordination kann die EU Skaleneffekte nutzen, die die Ressourcen effizienter nutzbar machen.

Mit einer Bildungsunion Chancen generieren. Mit strukturierten Programmen, die den innereuropäischen Erasmus-Programmen ähneln, soll die EU einer breiten Masse junger Menschen in Entwicklungspartner-Ländern den Abschluss einer Ausbildung innerhalb der EU ermöglichen. Das Programm umfasst praktische und kaufmännische Lehrberufe sowie Studienmöglichkeiten. Es unterstützt die Teilnehmer finanziell während der Programmdauer, weist Plätze im Wunschstudiengang zu und vermittelt die notwendigen Fähigkeiten, um das gelernte Wissen in den heimischen Markt zu integrieren.

Entwicklungsberatung als Partnerschaft auf Augenhöhe. Entwicklungspartnern soll die EU State-Building und Good-Governance-Programme anbieten – als unabhängige Beratungsleistung frei von nachfolgenden Verpflichtungen. Die Programme sind kostenpflichtig, wobei sich der Preis an den Wirtschafts-Indikatoren des jeweiligen Entwicklungs-Partners orientieren soll. Ähnlich zu bestehenden IWF- / ESM-Programmen werden im Rahmen der Beratung Leitlinien der nationalen Politik im Dialog mit den Entscheidern vor Ort entworfen und anschließend implementiert. Bei der Konzeption sowie Implementierung fungieren Experten der EU als Berater; die EU-Entwicklungsagentur verantwortet den strategischen Überblick.

Investitionsanreize und Gründungsberatung für Bottom-Up-Wandel. Über die Europäische Investitionsbank soll die EU stärker als heute Anreize in Form von Bürgschaften, Zuschüssen und Krediten zur Verfügung stellen, die Unternehmen einen Marktstart in Entwicklungspartnerländern vereinfachen. Auf diesem Weg werden vor Ort Arbeitsplätze generiert und Infrastruktur kann bedarfsgerecht geplant und allokiert werden. Weiterhin soll die Europäische Entwicklungsagentur Beratung für Gründer in den

Entwicklungspartnerländern zur Verfügung stellen. Dies soll insbesondere geschehen über einen europäischen Offshore-Venture-Capital-Fund als Risikokapitalgeber für vor-Ort-Gründer, über das Fördern betriebswirtschaftlicher Kompetenzcenter in den jeweiligen Partnerländern sowie über das Bereitstellen entsprechender Kreditlinien, um die Ausbildung nationaler Finanzsysteme zu fördern.

Binnenmarkt-Stärkung bei Entwicklungspartnern. Unabhängig von der übrigen Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen soll die EU in ihrer Rolle als handelspolitischer Souverän aktiv die Einführung von unilateralen Handelshemmnissen für Exporte in das Entwicklungs-Partnerland anstreben. Auf diesem Wege wird der Binnenmarkt des jeweiligen Partnerlandes gestärkt. Mit dem folglich steigenden Importpreis für europäische Güter wächst der Anreiz für eigene Entwicklungen und Produktionen in Entwicklungsgebieten. Das Ziel: Entwicklungspartner wettbewerbsfähig machen, bevor Handelshemmnisse wieder abgebaut werden. Dabei ist darauf zu achten, bei Entwicklungspartnern möglichst komparativ vorteilhafte Sektoren zu fördern (in denen das jeweilige Land also im Vergleich zu anderen Sektoren möglichst produktiv agieren kann). Dieses Vorgehen beugt einem Rückfall nach Wiedereinführung der Handelshemmnisse vor.

Epilog

Es ist der Auftrag der Europäischen Union, Frieden und Wohlstand ihrer Bürger zu sichern. Vor dem Hintergrund sich verschiebender Gewichte in der weltpolitischen Ordnung, ebenso wie angesichts zunehmend grenzenloser Herausforderungen, muss die Europäische Union aushärten, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können.

!YES strebt an, die Europäische Union über den offenen europäischen Kern von innen aushärten zu lassen. Für ein demokratisches, selbstbewusstes und starkes Europa, das auf gemeinsamen Grundwerten aufbaut.

Impressum

Parteiprogramm gemäß Beschluss der Gründungsversammlung am 24.10.2018 in Düsseldorf.

Young European Spirit

vertreten durch den Parteivorstand:

Herrn Jonathan Lessing

Herrn Tobias Uelpenich

Frau Katharina Hartz

Robert-Luther-Straße 4
40223 Düsseldorf

info@youngeuropeanspirit.eu

- *Postanschrift* -

Young European Spirit
c/o Jonathan Lessing
Robert-Luther-Straße 4
40223 Düsseldorf